

1. Die Position der Bundesregierung

Nach den Ausführungen des Bundesinnenministeriums war die internationale Staatengemeinschaft in Afghanistan gezwungen zu intervenieren, weil die Taliban das Land zu einer Drehscheibe des internationalen Terrorismus gemacht hatten. Deshalb werde, wie der Slogan insinuiert, »die deutsche Freiheit am Hindukusch« verteidigt. Außerdem wurden Menschenrechte massiv missachtet, Frauen und Mädchen das Recht auf Bildung abgesprochen, öffentliche Hinrichtungen praktiziert und der Alltag der Bürger gegängelt und drangsaliert.

»Wir unterstützen Afghanistan dabei, ein Stabilitätsfaktor in dieser schwierigen Region zu werden.«⁷³⁴

Um Sicherheit, Rechtsstaat und wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen, fördere die Bundesregierung zusammen mit der internationalen Gemeinschaft die afghanische Regierung.

Auf den Konferenzen in Tokio (2002), Berlin (2004) und London (2006) hat Deutschland 80 Millionen Euro pro Jahr zugesagt. Sie sollen für den zivilen Wiederaufbau verwendet werden und sind für den Zeitraum bis 2010 gedacht. Im Jahr 2007 wurden die Mittel auf 100 Millionen pro Jahr erhöht. Insgesamt hat die Bundesregierung seit 2002 für den Wiederaufbau Afghanistans über 550 Millionen Euro zur Verfügung gestellt und bis 2010 weitere 400 Millionen Euro zugesagt.⁷³⁵

Außerdem belief sich der Schuldenerlass auf 73 Millionen Euro.

Der UN-Sicherheitsrat entschied am 20. Dezember 2001 über den Einsatz der Schutztruppe International Security Assistance Force (ISAF), an der sich mit Beschluss des Deutschen Bundestags am 22. Dezember 2001 (jährliche Verlängerung) die Bundeswehr mit rund 3200 Soldaten beteiligt. Deutschland stellt das drittgrößte Kontingent und trägt als Führungsnation die Verantwortung in der Nordregion. Sie ist in Kunduz und Faisabad stationiert. Eine Erhöhung der Truppen auf 4400 bis 4800 Soldaten ist geplant. Im März 2007 beschloss der Bundestag zusätzlich den Einsatz von 6 Tornado-Aufklärungsflugzeugen, deren Einsatzgebiet ganz Afghanistan ist. Insgesamt sind in der von der NATO geführten ISAF-Schutztruppe 42 000 Soldaten im Einsatz.⁷³⁶

Daneben bekämpften unter US-Kommando rund 12 000 Soldaten verschiedener Nationen in der Operation Enduring Freedom (OEF) das Netzwerk der Al Qaida und die Taliban.

Im Jahr 2002 übernahm Deutschland die Führungsrolle für den Wiederaufbau der afghanischen Polizei. Hierzu wurde in Kabul ein Projektbüro eingerichtet. Dessen Kernaufgaben lagen bei:⁷³⁷

- Beratung von Entscheidungsträgern in Polizei und Innenministerium
- Aus- und Fortbildung, insbesondere von Multiplikatoren
- Umsetzen der bilateralen polizeilichen Ausstattungshilfe
- Koordinierung der internationalen Unterstützung
- Aufbau der Polizeiakademie.

Kriminaldirektor Peter Zumhof vom Bundeskriminalamt ist Leiter des Projektbüros. Er bezeichnete als wichtigste Botschaft aller Lehrinhalte, dass die Bevölkerung wieder Vertrauen zu ihrer Polizei gewinnen könne.⁷³⁸

Von April 2002 bis Juni 2007 waren durchschnittlich 40 Polizeivollzugsbeamte aus Bund und Ländern eingesetzt. Zusätzlich wurden jährlich zwischen 25 und 30 Kurzzeitexperten der deutschen Polizei in der Aus- und Fortbildung verwendet. Für den Polizeiaufbau stellte Deutschland jährlich bis zu 12 Millionen Euro zur Verfügung.⁷³⁹ Das Polizeiprojekt Afghanistan wurde unmittelbar vom Bundesinnenministerium betreut.⁷⁴⁰

Seit 17. Juni 2007 ist das Projektbüro in eine Europäische Mission EUPOL-AFG überführt worden.

In der seit August 2002 wiedereröffneten Polizeiakademie Kabul wurden über 4850 Absolventen ausgebildet. Diese neue Generation soll nach einem dreijährigen Studium die Schlüsselpositionen innerhalb des Innenministeriums, der Polizei und der Grenzpolizei besetzen. Daneben wurden 14 000 Polizisten fortgebildet und vor dem Hintergrund des Drogenhandels Struktur und Logistik der Grenzpolizei aufgebaut.⁷⁴¹

Als bilaterale Ausbildungshilfe wurden geleistet (Auszüge):⁷⁴²

- Bau eines Gebäudes für die Ausbildung des gehobenen Polizeidienstes an der Polizeiakademie Kabul
- Bau eines Gebäudes zur Ausbildung der Drogenbekämpfungspolizei (»*Counter Narcotics Training Unit*«) in Kabul
- Bau und Ausstattung einer Diensthundeschule für die Grenzpolizei

- Ausstattung der Flughäfen Kabul, Herat und Mazar-i-Sharif mit Luftsicherheitsgerät
- Ausstattungshilfe für das Landeskriminalamt und das Interpol-Büro in Kabul
- Funktechnik, Funktelefone für Lage- und Einsatzzentralen
- Ausbildung und Ausstattung der Bereitschaftspolizei Kabul mit Körperschutzausstattung, Schilden, Helmen, Schlagstöcken, Handschellen, Handschuhen und Reizstoffsprüngeräten
- Kurzfristiger Kauf und Bereitstellung eines Busses für die Polizeiakademie nach dem verheerenden Selbstmordanschlag mit 24 toten afghanischen Polizisten im Juni 2007.

Der Allgemeine Rat der Europäischen Union hat am 12. Februar 2007 den Einsatz der europäischen Polizeimission EUPOL-AFG entschieden. Es sollen etwa 200 Polizeiberater und sonstige Experten aus den EU-Mitgliedstaaten und aus Drittstaaten (Kanada, Norwegen) die Arbeit des deutschen Projektbüros fortführen, und zwar durch:⁷⁴³

- Aus- und Fortbildung
- Beratung und Mentoring von Entscheidungsträgern
- Koordination der internationalen Aufbauhilfe
- Vernetzung mit dem Justizbereich.

Deutschland gab die Zusage, sich mit 60 Polizeibeamten zu beteiligen. Am 23. Mai 2008 beschlossen die EU-Außenminister in Brüssel, die Einsatzkräfte zu verdoppeln und innerhalb eines Jahres auf 400 Mann zu erhöhen. Deutschland sagte eine Beteiligung mit mehr als einhundert Polizeiausbildern zu. Das Projekt versteht sich als Maßnahme der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP-Mission) unter der Leitung von Friedrich Eichele, Vizepräsident des Bundespolizeipräsidiums Mittel und dauert zunächst drei Jahre.

2. Mittelfristig zum Scheitern verurteilt?

Trotz des massiven Militäreinsatzes und trotz der erheblichen Polizeihilfe erreichte die Gewalt einen weiteren Höhepunkt und wurde in Afghanistan so viel Opium produziert wie nie zuvor.

Wie UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon bekannt gab, kamen 2007 mehr als 8000 Menschen gewaltsam ums Leben. Jeden Monat gab es durchschnittlich 566 Zwischenfälle im Gegensatz zu 425 in 2006. Die Zahl der Selbstmordanschläge erhöhte sich von 123 (2006) auf 160 (2007).⁷⁴⁴

Die Nachrichtenagentur *Agence France Press* (AFP) meldete, dass die Opiumproduktion in Afghanistan nach Angaben der Vereinten Nationen um 30 % gestiegen ist. Das UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) teilte in seinem Jahresbericht 2007 mit, dass Afghanistan einen neuen Rekord beim Anbau von Schlafmohn aufgestellt hat: Im vergangenen Jahr stieg der Anbau um 59 % auf 165 000 Hektar und konzentrierte sich auf Regionen, die von den Taliban beherrscht werden.⁷⁴⁵ Die Opiumproduktion ist 2007 auf die Rekordhöhe von 8000 Tonnen gestiegen (2006 waren es 6200 Tonnen).⁷⁴⁶ Die deutsche Bundesregierung räumt ein, dass aufgrund schlechter Regierungsführung, mangelnder Durchsetzung des Gewaltmonopols und Korruption das Risiko für Profiteure des Schlafmohnanbaues und des Drogenhandels gering sei.⁷⁴⁷

Auf deutliche Weise beschreibt der Thinktank Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) die Verhältnisse in Afghanistan.⁷⁴⁸ Die Übergangsregierung Hamid Karzai nutze in den 34 Provinzen ihre Befugnisse, Polizeidienststellen zu errichten, indem sie Milizen der Warlords dazu legitimiere, ihr eigenes »Recht« anzuwenden. Außerdem sei die Bezahlung der Polizisten schlecht, weswegen viele in korrupte oder kriminelle Strukturen verwickelt seien. Mitunter errichten sie Kontrollstellen und erheben willkürlich »Steuern«. Immer wieder würden Polizisten der Folter und anderen Menschenrechtsverletzungen beschuldigt. In der Bevölkerung werde die ANP (Afghan National Police) eher als Teil der Sicherheitsprobleme des Landes denn als Mittel zu deren Lösung wahrgenommen.

Im Mai 2006 warnte Human Rights Watch davor, Kandidaten, die Menschenrechte verletzt hatten, auf hohe Polizeiposten in den Provinzen zu berufen.⁷⁴⁹

Hinzu kommt, dass ein Großteil der Mudjaheddin-Milizen, die gegen die Sowjetunion und gegen die Taliban gekämpft haben, im Rahmen des Entwaffnungsprogramms auf allen Ebenen in den Polizeidienst übernommen wurden. Dies stärkte die Fraktionierung der Polizei, alte Loyalitätsnetzwerke reichen weit in sie hinein.⁷⁵⁰ Außerdem wird die Arbeit der Polizei durch die Milizen der lokalen Machthaber eingeschränkt. Schlechte Ausbildung und mangelhafte und uneinheitliche Ausstattung der Polizei mache sie zu einem bevorzugten Anschlagziel militanter Kräfte. Von den Sicherheitskräften haben Polizisten die höchste Anzahl an Opfern zu beklagen. Seit Anfang 2006 sind wenigstens 627 Polizisten getötet und 1090 verletzt worden.⁷⁵¹ Nicht zuletzt ihre Gefährdung führt dazu, dass viele Polizisten zu den Taliban überlaufen oder mit den Warlords paktieren und auf deren Gehaltslisten stehen.

Am 24. März 2006 wurde die Bundesregierung gefragt:⁷⁵² »Versuchen die Warlords der einzelnen Provinzen Afghanistans Einfluss auf die Arbeit der afghanischen Polizei zu nehmen?«

Antwort: »Es liegen keine Anhaltspunkte für eine gezielte Einflussnahme vor.«

Die SWP-Kritik hingegen versucht keine Vernebelung der Realität, wenn sie feststellt: Die Glaubwürdigkeit der ANP werde dadurch untergraben, dass sich Verdächtige aus der Untersuchungshaft freikaufen können. Schlimmer noch sei, dass die Mehrheit der Beamten des Innenministeriums in den Drogenhandel verwickelt sei. Polizeidienststellen würden an Clans verkauft, die so ungehindert den Transport der Drogen sicherstellen. Die internationale Gemeinschaft sei in den vergangenen Jahren zu keinem Zeitpunkt entschieden gegen diesen Misstand vorgegangen. SWP empfiehlt den EU-Geldgebern, jegliche weitere finanzielle Unterstützung der Regierung Karzai an konkrete Reformmaßnahmen im afghanischen Innenministerium zu knüpfen.⁷⁵³

Auch die deutsche Regierung hält die Strafverfolgung »wegen der Schwäche der afghanischen Strafverfolgungs- und Justizbehörden, verbunden mit einem hohen Maß an Korruptionsanfälligkeit«, für unzureichend. Nunmehr stellt die Bundesregierung im Widerspruch zu früheren Aussagen fest: »Die Taliban finanzieren sich in zunehmendem Maße aus ihrer Beteiligung am Drogenhandel und -schmuggel sowie über Schutzgelder, die sie von Drogenbauern erpressen (September 2007).«⁷⁵⁴

Die Regierung Karzai beschloss Mitte 2006, eine 12 000 Mann starke Hilfspolizei aufzubauen, die Afghan National Auxiliary Police (ANAP).

Die Ausbildung ist miserabel und auf zehn Tage begrenzt. Die Analphabetenrate wird auf bis zu 80 % geschätzt. Die ANAP erfreut sich regen Zulaufs, weil nach nur zehn Tagen ein reguläres Gehalt und eine Dienstwaffe winken. Auf diese Weise werden lokale paschtunische Milizen legalisiert,⁷⁵⁵ und die ANAP sei offen wie ein Scheunentor für eine Unterwanderung durch den Taliban.⁷⁵⁶

Während die afghanische Regierung ihren eigenen (korrupten) Weg geht, weichen die Konzepte der amerikanischen Besatzungsmacht und der von Deutschland dominierten EU-Linie grundlegend voneinander ab. Wie SWP kritisiert, setzen die Amerikaner »auf Masse und nicht auf Klasse«, dies sei nicht geeignet, eine bürgernahe Polizei zu schaffen. Allein im Haushaltsjahr 2007 wendeten die USA 2,5 Milliarden US-Dollar auf und setzten 100 Sol-

daten sowie 500 Angehörige der Sicherheitsfirma Dyn Corp ein, die in fünf Jahren in Kurzlehrgängen 60 000 Polizisten ausbildeten. Dabei geht es nicht darum, das Handwerk einer rechtsstaatlich funktionierenden Polizei zu erlernen, sondern wie man als Paramilitärs Aufständische bekämpft.⁷⁵⁷ Nach amerikanischen Quellen sollen ca. 70 % der afghanischen Rekruten in den unteren Rängen Analphabeten sein.⁷⁵⁸ Deswegen wies ein Dyn Corp-Ausbilder die Kritik zurück, dass Menschenrechte zu kurz kommen. »Es ist schwer, jemandem abstrakte Konzepte wie Menschenrechte zu vermitteln, wenn er nicht einmal über eine Grundbildung verfügt.« Zudem seien viele Polizisten aufgrund extremer Gewalterfahrung zynisch geworden. »Internationale ethische Standards lassen sich hier noch nicht anwenden.« Er meint, die deutsche Ausbildung orientiere sich am vergleichsweise sicheren Norden. »Die Deutschen sind immer an den sicheren Orten.«⁷⁵⁹

Die Verletzung von Menschenrechten geschieht allerdings in Afghanistan nicht abstrakt, sondern sehr konkret, was man sicher auch einem Analphabeten anschaulich erklären könnte. Schlecht ausgebildete Polizisten in einer hochkorrupten Umgebung werden keinen Beitrag dazu leisten, das negative Bild in der Öffentlichkeit von Polizisten als Sicherheitsrisiko zu ändern. In einer Studie des US-Verteidigungsministeriums wurden die deutschen Bündnispartner, die gründlicher vorgehen, beanstandet (2007): »Als internationale Führungsnation ist Deutschland daran gescheitert, eine effektive Polizei aufzubauen und hat drei Jahre vertan.«⁷⁶⁰

Amnesty International kritisiert besonders den Geheimdienst *National Directorate of Security* (NDS), der über weitreichende Befugnisse verfügt und allmächtig nicht nur exekutive Rechte genießt, sondern auch Urteile verhängt, was jede Rechtsstaatlichkeit unterlaufe. Es gab ständige Berichte über Folterungen, Misshandlungen und Verschwindenlassen von Häftlingen im Gewahrsam des NDS.⁷⁶¹

Die deutsche Regierung muss sich fragen lassen, inwieweit der Bundesnachrichtendienst bei Aufbau, Organisation und Arbeitsweise des NDS beratenden Einfluss ausübte, also eine Mitverantwortung trägt.

Ungeachtet der Foltervorwürfe durch das NDS überstellten ISAF-Kräfte festgenommene Personen an den afghanischen Geheimdienst und machen sich damit zu Komplizen von Folterern, denn es ist undenkbar, bei einem monatelangen Aufenthalt vor Ort keine Kenntnisse von den Praktiken zu erhalten. Staatssekretär Reinhard Silberberg behauptete am 22. November 2007: »Der Bundesregierung liegen keine Informationen darüber vor, dass durch deut-

sche Streitkräfte in Afghanistan vorübergehend festgehaltene Personen nach ihrer Übergabe an afghanische Stellen gefoltert worden sind.«⁷⁶² Entweder erfolgte die Aussage wider besseres Wissen, oder die in Afghanistan operierenden Kräfte des BfV und BND haben keine Ahnung von den tatsächlichen Verhältnissen, was aber unwahrscheinlich ist.

Amnesty International wendet sich gegen bilaterale Vereinbarungen, die sicherstellen sollen, dass übergebene Gefangene nicht gefoltert werden. Nach Ansicht von AI-Generalsekretärin Barbara Lochbihler seien sie »das Papier nicht wert, auf denen sie geschrieben sind«.⁷⁶³

Auch Einheiten der *Operation Enduring Freedom* überstellen weiterhin Gefangene an das NDS und an US-Hafteinrichtungen, zum Beispiel auf dem Luftwaffenstützpunkt Bagram bei Kabul. Am Jahresende 2007 sollen sich dort noch 500 Gefangene befunden haben.⁷⁶⁴

Noch immer ist der Vorwurf nicht endgültig geklärt, dass Murat Kurnaz in Bagram von zwei Männern mit deutscher Flagge am Ärmel der Uniform verhört wurde, die ihn an den Haaren rissen und mit dem Kopf auf den Boden schlugen.⁷⁶⁵

Im Zusammenhang mit dem geheimen Gefängnis Bagram gab das Bundeskriminalamt am 7. Juli 2006 folgende Presseerklärung heraus:⁷⁶⁶

»(1) US-Stellen hatten auf Nachfrage des Verbindungsbeamten des BKA in Afghanistan im Jahr 2003 die grundsätzliche Möglichkeit angeboten, auf dem Stützpunkt Bagram inhaftierte Personen zu befragen. Hintergrund dieser Anfrage waren die Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Anschlag auf deutsche ISAF-Soldaten am 7. Juni 2003.

(2) Das BKA hat von dieser Möglichkeit niemals Gebrauch gemacht. Dies ist auch zukünftig nicht vorgesehen.«

Berichten zufolge waren die internationalen Streitkräfte 2007 durch wahllose Luftangriffe und andere militärische Operationen für den Tod mehrerer Hundert Zivilisten verantwortlich.⁷⁶⁷ Daran beteiligt sind die deutschen Tornados, die oft die Zieldaten liefern. Im Juli 2008 erreichte der deutsche Einsatz endgültig eine neue Eskalationsstufe, als eine Schnelle Eingreiftruppe der Bundeswehr (*Quick Reaction Force*) die norwegische Einheit ablöste. Es ist zu erwarten, dass die deutschen Soldaten in blutige Gefechte verwickelt werden.⁷⁶⁸ Zwischen dem 6. März 2002 und dem 19. Mai 2007 kamen durch Attentate, Minen, Unfälle, Hubschrauberabsturz und beim Entschärfen einer Boden-Luft-Rakete insgesamt 21 Bundeswehrsoldaten ums Leben. Bei einem Attentat im August 2007 in Kabul wurden zwei Beamte des Bundeskriminalamtes und ein Landesbeamter getötet. Sie waren Angehörige des Perso-

nenschutzkommandos bzw. des Objektschutzdienstes der Deutschen Botschaft Kabul.⁷⁶⁹

Die Taliban und andere bewaffnete Gruppen trugen 2007 die Verantwortung für den Tod von mindestens 300 Zivilisten durch Selbstmordanschläge. Im Süden und Südosten des Landes sind Entführungen dramatisch angestiegen. Die Taliban verurteilen in rechtswidrigen Prozessen Menschen zum Tode und erschießen sie.⁷⁷⁰

Profiteure des Afghanistan-Krieges sind Rüstungsfirmen, zum Beispiel der Rheinmetall-Konzern. Er baut nach Erkenntnissen von German-Foreign-Policy derzeit ein Schutzlagersystem für die Bundeswehr zur Abwehr von Beschuss (48 Millionen Euro), belieferte die Bundeswehr mit 21 Fuchs-Transportpanzern mit neuem Schutz gegen Minen, den Schützenpanzer »Puma« und das gepanzerte Transportfahrzeug »Boxer«. Auch andere Staaten (Niederlande, Kanada) sind Kunden, zum Beispiel von Entschärfungsrobotern oder Bergepanzern.⁷⁷¹

Rheinmetall hat als Rüstungskonzern eine lange Tradition. In der Zeit des Nationalsozialismus wurde das Unternehmen in die Hermann-Göring-Werke eingegliedert, wo das Werk im großen Maßstab zur Aufrüstung für den Zweiten Weltkrieg beitrug und 35 000 Zwangsarbeiter wie auch KZ-Häftlinge beschäftigte.⁷⁷²

Die afghanische Zivilgesellschaft leidet Not. Besonders in den Provinzen haben informelle konservative Kräfte das Sagen. Noch immer benötigen Frauen die Erlaubnis der Familie, einen Beruf ausüben zu dürfen, und sucht die Mutter den Ehepartner der Tochter aus.⁷⁷³ Frauen und Kinder profitieren landesweit von Maßnahmen zur Alphabetisierung, der Aus- und Fortbildung und Beschäftigungsförderung.⁷⁷⁴ Aber:

- Lebenserwartung von Frauen 44 Jahre
- Müttersterblichkeit 7 Prozent
- Durchschnittliche Kinderzahl 6,6 Kinder pro Frau
- Analphabetenrate 80 %
- Einschulungsraten auf dem Land: Jungens 45 %, Mädchen 27 %
- 70–80 % der Frauen sind zwangsverheiratet.⁷⁷⁵

Frauen, die für Regierungsbehörden tätig sind, erhielten Drohungen. Auf mehrere Frauen wurden 2007 Mordanschläge verübt.⁷⁷⁶

Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Jung erklärte Anfang Juni 2008, dass der unterstützende Einsatz von Armee und Polizei fremder Staaten noch mindestens 10 bis 15 Jahre notwendig sein wird, bis eine »selbsttragende Sicherheit« gewährleistet sei,⁷⁷⁷ und NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer meinte: »*Nation Building*, das dauert vielleicht eine Generation.«⁷⁷⁸